

Asit Datta

Die zunehmende Ungleichheit = das Ende des Kapitalismus?

No society can surely be flourishing and happy, of which the far greater part of the members are poor and miserable.
Adam Smith, *The Wealth of Nations*, 1778

Zusammenfassung

Seit der Einführung des Neoliberalen Kapitalismus in den 1980er Jahren wächst weltweit die Kluft zwischen Arm und Reich. Nach der Finanz- und Bankenkrise 2008 hat sich die Lage noch verschärft. Da wir immer mehr Ressourcen verbrauchen, kann das Problem nicht durch mehr Wachstum gelöst werden. Gibt es Auswege, kann der Kapitalismus ohne Wachstum überleben?

Schlüsselworte: *Neoliberalismus, Kluft Arm-Reich, Kapitalismus ohne Wachstum, ökologischer Fußabdruck*

Abstract

Since 1980, after the introduction of neoliberal Capitalism, the gap between rich and poor is increasing continuously. The situation worsens after the crisis of bank and finance in 2008. We are consuming more natural resources than the earth could regenerate. So the problem could not be solved through more growth. Is there any solution, could the capitalism exist further without growth?

Keywords: *Neoliberalism, gap between rich and poor, capitalism without growth, ecological footprint*

Vorbemerkungen

Die Ungleichheit ist das große Thema der Zeit. Jedes Jahr berichtet Oxfam wie sich die Kluft zwischen Reich und Arm immer weiter vergrößert. 2010 z.B. besaßen 398 Personen so viel wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung, 2014 waren es 80, die so viel besaßen und 2015 nur noch 62 Personen, deren Vermögen dem von 3,6 Milliarden Menschen entsprach. Das Vermögen der reichsten 62 Personen ist in den letzten 5 Jahren um 45 % gewachsen. In dem gleichen Zeitraum ist das Vermögen der ärmeren Hälfte der Weltbevölkerung um 38 % geschrumpft.

Die Ungleichheit nimmt nicht nur global, sondern auch national und regional zu. Fast ein Drittel des Vermögens haben die Reichen aus Afrika in Steueroasen angelegt. Mit der

dadurch entgangenen Steuer könnte für alle Kinder Schulbildung und Gesundheitsversorgung finanziert werden.

Deutschland, eins der reichsten Länder dieser Welt, weist laut Weltbank, die höchste Ungleichheit in der Eurozone auf. 10 % der Haushalte besitzen 63 % des Gesamtvermögens, die unteren 40 % haben außer Schulden nichts (Oxfam, 2016; s. auch SZ-Serie über Ungleichheit).

Mit dem Problem der Ungleichheit beschäftigt eine Vielzahl neuer Veröffentlichungen (s. Literatur). Dies ist eine Herausforderung für die Regierungen aller Länder. Mit Hilfe der Bücher wird hier versucht, die Problemanalyse, Begründungen und Auswege herauszufiltern und zu kommentieren.

Trügerischer Sieg des Kapitalismus

Nach dem Zusammenbruch des sowjetischen Staatssozialismus schien der Sieg des Kapitalismus unaufhaltsam. Dieser Sieg war deshalb trügerisch, weil der Kapitalismus neoliberaler Prägung das Ruder übernommen hatte. Stiglitz datiert zwar den Beginn mit der Übernahme der Präsidentschaft durch Ronald Reagan 1980, der voll auf diese Ideologie setzte. Ein Jahr zuvor aber hatte Margaret Thatcher die Regierung in Großbritannien übernommen; sie war ebenfalls eine Verfechterin der Lehren von Hayek und Friedman. Ohne auf die Lehre von Friedrich August von Hayek (1899–1992) und Milton Friedman (1912–2006) hier detailliert einzugehen, sei hier nur erwähnt, dass sie der Meinung sind, der Staat soll sich heraushalten, da der Markt zu einem Gleichgewicht tendiert, soll er sich selbst regulieren. Die drei Schlüsselwörter dabei sind: Liberalisierung, Privatisierung und Deregulierung. Dass sie sich dabei auf den Urvater des Kapitalismus, Adam Smith (1723–1790) berufen, muss ein Missverständnis sein. Smith hatte zwar auch von der Tendenz des Marktes zum Gleichgewicht gesprochen (unsichtbare Hand) und den Egoismus als Gemeinwohl dienlich bezeichnet, aber es ging ihm nicht darum Egoismus zu verteidigen, ihn interessierte das *Prinzip der unbeabsichtigten Konsequenzen* (Herrmann, 2016, S. 42). Smith war nicht nur ein Politökonom, sondern auch Moral Philosoph, ein Bewunderer des Stoikers Epiktet, der eine Ethik der Arbeit und Pflicht vertrat. „*Es führt kein Weg von Adam Smith zur radikal-liberalen Position eines Hayek ... Smith wollte nicht das Primat der Ökonomie über die Politik ...*“ (Herz, in SZ v. 29./30.08.1998, herv. A.D.). Smith war übrigens aus demselben Grund gegen die Sklavenarbeit, weil die Sklaven keinerlei Eigeninteresse und

deshalb keine Motivation haben. Adam Smith war für *staatliche Regulierung* im Falle von Preisabsprachen und Kartellbildung der Unternehmen (Herrmann, 2016, S. 62, S. 46f.). Die neoliberale Politik ist aber offenbar nicht in der Lage, die Machtkonzentration der Firmen zu verhindern. Beispielsweise machen Großkonzerne nur ein Prozent der deutschen Firmen aus, aber im Jahr 2012 generierten sie 68 % des gesamten Umsatzes (ebd., S. 126). Und sie zahlen kaum Steuern. Nach Oxfam-Schätzung haben 9 von 10 der weltweit größten Konzerne mindestens eine Niederlassung in einer Steueroase. Die Folge ist: Entwicklungsländer verlieren jährlich durch die Steuermeidung der multinationalen Konzerne etwa 100 Mrd. US\$ (Oxfam, 2016).

Selbst Michael Hüther, Direktor des einem Arbeitgeberverband nahestehenden Instituts für Wirtschaft (IW) in Köln, bezeichnet die jetzige Form der Marktwirtschaft als *geordnete Anarchie* und fordert eine *staatliche Regulierung* (SZ vom 29.09.2016). Vor der Vertiefung auf die Gründe für die zunehmende Ungleichheit, ein kurzer Blick auf die

Geschichte des Kapitalismus

Es gibt vier bemerkenswerte neue Bücher, die sich mit der Geschichte des Kapitalismus beschäftigen – eines von Jürgen Kocka, zwei von Ulrike Herrmann und eines von Sven Beckert. Für Kocka beginnt der Kapitalismus schon in der vorchristlichen Zeit in China und Arabien und erst zwischen 1500 und 1800 n.Chr. in Europa. Er bezeichnet diese Form als *Kaufmannskapitalismus*. Marx, Weber und Schumpeter bezeichnet er als drei Klassiker der Theorie des Kapitalismus. Für Herrmann sind Adam Smith, Karl Marx (1818–1883) und John Maynard Keynes (1883–1946) maßgebend. Beckert wiederum meint, dass die Geschichte des Kapitalismus mit dem Handel der Baumwollprodukte beginnt. Eric Hobsbawm hat beschrieben, mit welcher Brutalität die East India Company Britanniens die indische Baumwollindustrie zerschlug, um die Herrschaft in der Weltwirtschaft zu übernehmen und wie dies den Anfang der industriellen Revolution einläutete. „*Sagt man industrielle Revolution, meint man Baumwolle*“ (Hobsbawm, 1979, S. 55, herv. A. D.). Beckert bezeichnet den Aufstieg als *Kriegskapitalismus*. „*Diese drei Schritte – Imperiale Expansion, Enteignung, Sklaverei – wurden zu Grundsteinen einer neuen Organisation wirtschaftlicher Abläufe. Dieser Kriegskapitalismus stützte sich auf eine Zweiteilung der Welt, auf die Fähigkeit reicher und mächtiger Europäer, ihre Welt in eine ‚innere‘ und eine ‚äußere‘ Welt zu teilen. Die äußere Welt war gekennzeichnet von imperialer Herrschaft, ungestrafter Enteignung riesiger Gebiete und unzähliger Menschen, von der Dezimierung einheimischer Völker, die ihrer Rohstoffe beraubt wurde, der Sklaverei und der Kontrolle breiter Landstriche durch private Kapitaleigner: Kaufleute und Siedler, Plantagenbesitzer und Sklaventreiber*“ (Beckert, 2014, S. 51, herv. A. D.).

Am Beispiel Baumwolle kann man studieren, wie man durch Aneignung eines fremden Produkts die Weltherrschaft über den Handel erreichen kann. Die Baumwolle war insofern ein fremdes Produkt, weil sie nicht in Europa wuchs. Das Ursprungsland war Indien, vermutlich wuchs sie auch in der gleichen Zeit in Peru, Ägypten und China. Aber sie ist nur ein Beispiel. Als ich mit dem Verfassen des Buches *Welthandel und Welthunger* (1984, 1996) beschäftigt war, fiel mir auf, dass Europa und Nordamerika zu 86 % den Handel von Kakaopro-

dukten beherrschen, obwohl in diesen Ländern kein Kakao wächst.

Es gibt heute keine Kolonien, keine Sklaven, keine East India Co. mehr. Dafür gibt es multinationale Konzerne. Sie lassen Arbeiter, vornehmlich Frauen, für einen Hungerlohn 16 Stunden am Tag, sieben Tage die Woche arbeiten. Evi Hartmann (2016) hat diese neue Methode der Ausbeutung in dem Buch *Wie viele Sklaven halten Sie?* wunderbar beschrieben.

Es soll nicht unerwähnt bleiben, dass es nach 1980 Erfolge gegeben hat, die wir auch dem neoliberalen Kapitalismus zu verdanken haben. Andererseits lässt sich ebenfalls nicht nachweisen, ob nicht durch mehr Regulierung des Marktes noch viel mehr Erfolge zu erzielen gewesen wären. Gleichwohl zwischen 1990 und 2010 hat sich die Zahl der Menschen, die unter extremer Armut lebt, halbiert. Laut *Welthunger-Index* (Bonn, 2015, S. 15) ist die Zahl der Hungernden von 35,4 % (1990) auf 21,7 % (2015) zurückgegangen. Andererseits leiden 2 Mrd. Menschen unter Überernährung und Fettleibigkeit, so viele Menschen leiden aber auch unter Mangelernährung.

Warum die zunehmende Ungleichheit

Dass der Kapitalismus ein Verteilungsproblem hat, wusste auch Winston Churchill, der sich über den Sozialismus lustig machte. Auch John Maynard Keynes, der mit einer Russin aus St. Petersburg verheiratet war, hielt nicht viel vom praktizierten Sozialismus sowjetischer Machart. Gleichwohl ließ sich das Problem der Verteilung im Kapitalismus schon damals nicht leugnen. Alle Autoren der neueren Publikationen (s. u.) sind sich in Bezug auf die Gründe der explosionsartigen Zunahme der Ungleichheit einig: Der neoliberale Kapitalismus nach Hayek und Friedman. Sie meinen das gleiche, nennen es aber anders. Der globale Markt ist ein Paradox, weil er sich nicht selbst reguliert. Deshalb braucht er den Staat. Er kann aber mit dem Staat deshalb nicht existieren, weil mit einer staatlichen Regulierung der Markt nicht expandieren kann (Rodrik, 2011, S. 229). Auch Hacker & Pierson (2010) bezeichnen die ‚Winner-Take-All-Politik‘ als eine Folge der Unfähigkeit der US-Regierungen, den Markt zu regulieren. Daraus hat sich eine *nicht repräsentative Demokratie* entwickelt, in der die Lobby-Arbeit der Reichen und Mächtigen dominiert und die Mittelschicht verschwindet (S. 96ff.). Herrmann begründet die Entwicklung mit Monetarismus (2016, S. 222f.), Piketty mit Ungleichheit von Kapital und Arbeit (2016, S. 31ff.) die wiederum durch die Politik so begünstigt wird, dass das Kapital schneller wächst als die Löhne. Er bringt die Ungleichheit in eine Formel $r > g$ (r = Rendite, g = Growth/Wachstum). Piketty belegt mit empirischen Daten, dass die Ungleichverteilung des Kapitals seit dem 19. Jhd. stets größer gewesen ist als die der Arbeitseinkommen. Im 21. Jhd. hat diese wegen der fehlenden Regulierung zugenommen (2014, S. 322ff., 434ff.). Atkinson (2016) nennt *makroökonomische Einkommensverteilung* durch Kapital und Machtmonopol (S. 126f.). Für Saskia Sassen (2016) liegen die Gründe in den *Ausgrenzungen*. Sie zeigt am Beispiel von Griechenland, den USA und Peru, wie Menschen ausgegrenzt und ausgebeutet werden. Wie man diese Politik auch bezeichnet, maßgebend ist das Dogma der neoliberalen Theorie, wonach der Staat sich heraushält und nicht regulierend eingreifen darf. Friedman meint mit seinem Monetarismus z.B., dass nicht die Waren oder Dienstleistungen wichtig sind, sondern die Geld-

menge. Auch die Geldmenge, wenn der Staat sich heraus hält, reguliere sich selbst. Diese Politik hat zur Folge, dass sich die Geldmenge von der realen Wirtschaft entkoppelt hat. *Seit 1988 ist der deutsche Aktienindex DAX von damals 1.000 auf rund 10.200 Punkte im Juli 2016 gestiegen* (also um das 10-fache), *die reale Wirtschaftsleistung hat sich hingegen im gleichen Zeitraum nominal nur verdoppelt*. Besonders problematisch ist der spekulative Derivatehandel. Im Dezember 2015 z.B. betrug der Nominalwert der außerbörslich gehandelten Derivate 493 Billionen Dollar, wobei die Wirtschaftsleistung des gesamten Jahres 2015 nur 73 Billionen Dollar wert war (Herrmann, 2016, S. 223f.). Jürgen Kocka (2014) sieht die Ursachen im Managerkapitalismus und der Finanzialisierung, die nichts mit der Produktion und dem Tausch von Gütern zu tun haben, sondern vor allem mit Geld betrieben werden. Mit dem Managerkapitalismus meint Kocka das unverhältnismäßige Wachsen von den Gehältern und Boni. *Ein Dax-Vorstand verdient bis zu 141-mal so viel wie ein Normal-Beschäftigter* (Ein Chef gleich 141 Angestellte; SU vom 07.10.2016). Ein großer Teil der Kapitalbewegung dient nicht der Investition für produktive Zwecke, sondern der Spekulation. Diese Spekulation wird häufig mit Fremdgeldern und Schulden betrieben. *„Das Eigenkapital vieler amerikanischer und europäischer Banker betrug manchmal nicht einmal 1 % ihres ausgewiesenen Gesamtvermögens, verglichen mit rund 25 % zu Beginn des 20. Jhd.s, der große Rest bestand aus Fremdkapital, also Schulden“* (Kocka, 2014, S. 92ff., herv. A.D.).

Häufig werden die Begriffe wie die freie oder soziale Marktwirtschaft mit der Demokratie gleichgesetzt. Sie sind weder synonym noch haben sie eine Symbiose-Beziehung. Wie Rodrik (2011) zeigt, stehen sie eher in Widerspruch zueinander. Auch Hacker & Pierson (2010) beschreiben, wie die Marktwirtschaft neoliberaler Prägung die Demokratie in westlichen Ländern untergräbt. Unstrittig ist, dass die freie und soziale Marktwirtschaft zunächst in England, dann in der westlichen Welt, später auch in anderen Regionen der Welt für die Entwicklung der Demokratie in den letzten 200 Jahre dienlich war. Im 21. Jhd. erfährt diese Entwicklung eine Umkehrung. Diese neuere Entwicklung bezeichnet Claus Offe z.B. als „*Schwundstufen*“, Colin Crouch als „*postdemokratische Zustände*“ und Wolfgang Streeck „*bloße Fassaden*“. (Kocka & Merkel, 2014, S. 44, Herv. im Original). Die ansteigende Wahlenthaltung, das Aufsteigen des Rechtsradikalismus haben mit der zunehmenden Ungleichheit als Folge des neoliberalen Kapitalismus zu tun. *„Die Entterritorialisierung der wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Entscheidungen ... ist zu einem Problem für die Demokratie geworden, die ja weiterhin ... im nationalstaatlichen Rahmen stattfindet“* (ebd., Herv. A. D.).

Die Stärke des Kapitalismus war die Flexibilität. Im Gegensatz zu anderen Ideologien war er weniger dogmatisch. So konnte er sich je nach Bedarf sich der veränderten Situation anpassen. Er konnte deshalb überleben, weil er nach dem Charles Darwins Prinzip *survival of the fittest* – nur wer sich anpasst, überlebt – ausgerichtet war. Dies hat sich offenbar nach den 1980er Jahren grundlegend geändert. Der Markt ohne jegliche Regulierung, Finanzialisierung gepaart mit der Austeritätspolitik ist offenbar ein Dogma geworden. Dies, meinen die Autoren der Bücher zum Thema, hat zur gegenwärtigen Krise geführt.

Auswege: Was tun?

Joseph Stiglitz (2015) fordert, besonders für sein eigenes Land ein gerechteres Steuersystem, das nicht die 99 % der Bevölkerung benachteiligt. Er ist auch gegen transnationale Handelsabkommen wie TTIP, das nur den Transnationalen Unternehmen diene und die Demokratie gefährde (S. 237ff., S. 318ff.). Was gerechtere Verteilung durch Steuern und andere staatlichen Maßnahmen angeht, macht Atkinson konkrete und detaillierte Vorschläge wie staatlich garantierte Arbeitsplätze mit Mindestlohn für Arbeitslose, staatliche Sparbriefe mit positivem Realzinssatz für jeden bis zu einer gewissen Summe, ein Mindesterbe für jeden bei Erreichung des 18. Lebensjahr (gemeint ist eine Mindestsumme von Geld aus der Erbschaftsteuer), Anhebung des Spitzensteuersatzes auf 65 % des Einkommens (S. 151ff.).

Regulierung des Finanzwesens

Die letzte Finanzkrise war eine Bankenkrise: Die Banken wurden ausschließlich auf Kosten der Steuerzahler gerettet. Beispielsweise erhielten die irischen Banken zwischen 2010 und 2013 89,5 Mrd. Euro, die griechischen Banken bis 2013 207 Mrd. Euro und alle europäischen Banken zwischen 2008 und 2012 insgesamt eine Billion Euro (1.000 Mrd.) (Misik, 2016, S. 33ff.). Obgleich die Bankkunden die Krise nicht ausgelöst haben, tragen sie die Folgen. Wegen der Krise wurde Griechenland z.B. unter die Kuratel der Troika – aus europäischer Zentralbank/EZB, EU-Kommission und IWF – gestellt. Die Troika – wie alle Regierungen der EU – praktizieren rigoros die neoliberale Theorie des Kapitalismus, gepaart mit der Austeritätspolitik. Das bedeutet, dass sowohl der Staat als auch private Haushalte ihre Schulden reduzieren. Löhne und Sozialleistungen werden gesenkt, damit die Finanzmärkte wieder Vertrauen fassen und die Unternehmen wieder Optimismus entwickeln. Die Folge: Der Großteil der Bevölkerung in Griechenland verarmt rapide. Auch der Anteil der Löhne im reichen Deutschland ist von 66,8 % im Jahre 2000 auf 61,2 % 2007 gefallen (Misik, 2016, S. 16, S. 57).

Ähnlich wie Atkinson, der ein 15 Punkte-Programm vorschlägt, um ein gerechtes Steuersystem zu entwickeln, schlagen Matthias Weik und Marc Friedrich (2016) ein Programm vor, das in Zukunft Bankenkrise verhindern soll. Dazu gehören Forderungen wie eine Trennung von Geschäfts- und Investmentbanken, eine Erhöhung der Eigenkapitalquote sowie ein Insolvenzplan der Banken, erhebliche Reduzierung der Managergehälter, eine permanente und antizyklische Kapitalmarktkontrolle und Prüfung aller Finanzprodukte vor der Zulassung. Sie fordern ferner Transparenz, insbesondere für Derivate, Verbot der Leerverkäufe und Einführung einer Transaktionssteuer. Zu der Liste der Forderungen von Weik und Friedrich gehört auch Allgemeine, wie Stopp der Aufkaufprogramme der Europäischen Zentralbank, nationales Recht vor EU-Recht, Insolvenzordnung für Staaten, ein Marshallplan für Krisenländer in der EU, basisdemokratische Beteiligung, ein Vetorecht der Bürger und Bürgerinnen für grundlegende Entscheidungen wie im Fall von TTIP. Ihre Vorschläge zielen mehr oder weniger auf eine staatliche Regulierung des Bankenwesens hin (S. 308ff.).

Abgesehen davon, dass eine reine Umverteilung für alle Staaten deshalb nicht möglich ist, weil, wie Piketty 2016 anmerkt, „die Steuer- und Sozialabgaben sowie Transferleistungen

der Staaten innerhalb der EU miteinander nicht vergleichbar (sind)“ (S. 114ff.), wird das Problem der Ungleichheit dadurch keineswegs gelöst, wie Alexander Hagelüken 2016 zurecht meint (SZ von 01.–03.10.2016). Piketty 2016 erwähnt eine negative Einkommensteuer oder ein Bürgereinkommen (S. 127ff.). Ein Vorschlag, der unter dem Begriff *Bedingungsloses Grundeinkommen* (BGE) schon seit den 1970-Jahren diskutiert wird. *Das BGE ist ein sozialpolitisches Finanzkonzept, nach dem jeder Bürger und jede Bürgerin – unabhängig von seiner wirtschaftlichen Lage – eine gesetzlich festgelegte und für jeden die gleiche vom Staat ausgezahlte finanzielle Zuwendung erhält, ohne dafür Gegenleistungen erbringen zu müssen* (Definition: Netzwerk Grundeinkommen). Der erste Versuch, das BGE landesweit mit CHF 2.500,- monatlich einzuführen ist am 05.06.2016 in der Schweiz bei einer Volksabstimmung gescheitert, das Modell wird aber in mehreren Ländern wie Finnland, Kanada und den Niederlande ab 2017 getestet.

Das BGE ist eine Möglichkeit, sich von dem Zwang der Gesellschaft von Überfluss und Konsum zu befreien. Unabhängig davon, ob Jeremy Rifkin (2016) mit seiner Feststellung recht hat, dass das Ende der kapitalistischen Ära gekommen und ein Paradigmenwechsel notwendig ist (S. 21ff.), scheint es unausweichlich zu sein, dass wir von dem Dogma des ewigen Wachstums Abschied nehmen müssen. Die Grenzkosten für Produktion gehen auf null. Damit gibt es keine Profite mehr und ohne Profite gibt es auch keine Investition. Da wir überleben wollen müssen wir unseren Naturverbrauch erheblich reduzieren. Der Naturverbrauch wird mit dem *ökologischen Fußabdruck* gemessen. Laut WWF verbrauchen wir schon jetzt 1,5-mal so viel als das was unsere Erde uns zur Verfügung stellt. Wobei dieser Verbrauch von Land zu Land sehr unterschiedlich ist China z.B. beansprucht 2,2-mal, Indien 1,9-mal, Deutschland 2,5-mal, USA 1,9-mal, Großbritannien 3,3-mal, Italien 4,3-mal, Japan 7-mal und die Vereinigten Arabischen Emirate 12,3-mal mehr Ressourcen als die jeweiligen Länder zur Verfügung haben (WWF Bericht, 2014). Das Pariser Klimaabkommen haben 195 Staaten 2015 unterzeichnet. Mittlerweile haben es mehr als 55 Staaten ratifiziert und damit ist das Abkommen am 05.10.2016 schon in Kraft getreten. Das Ziel ist, den Temperaturanstieg bis 2050 auf 1,5°C zu begrenzen. Selbst Herrmann (2016) und Kocka (2014), die vom Überleben des Kapitalismus überzeugt sind, meinen, dass dies ohne eine grundlegende Veränderung des Wirtschaftens in Richtung erneuerbare Energie und Nachhaltigkeit nicht möglich ist (Kocka, S. 128; Herrmann, S. 240f.). Misik (2016) spricht von einer *Miteinander-Ökonomie*, einer Art *Commonismus*, von einem *revolutionären Reformismus* (S. 204ff.).

Tim Jacksons *Prosperity Without Growth, Economic for a Finite Planet* ist als der bekannteste Versuch zu beschreiben, wie der Kapitalismus ohne Wachstum überleben kann: Indem er sich von immerwährendem, materiellen Wachstum verabschiedet und den Wohlstand anders definiert. Der Wohlstand kann nur innerhalb eines ökologischen Limits wachsen (2011, S. 189). Er spricht von einer *relativen* und einer *absoluten* Entkoppelung. Um innerhalb einer ökologischen Grenze zu bleiben, sei es notwendig, die Produktion von der Intensität der CO₂-Emissionen zu befreien (S. 66ff.). Jackson meint, der Kapitalismus kann nur überleben, wenn er ein Abkommen mit der grünen Ökonomie schließt (S. 107). Mittlerweile sind viele

Veröffentlichungen erschienen, die sich mit dem Thema Postökonomie, neuer Wohlstand, grüne Ökonomie, Entkoppelung, Begrenzung der Konsumgüter beschäftigen (s. Literaturliste).

Zu diesem Ziel schlagen Hans Diefenbacher, Oliver Foltin, Benjamin Held, Dorothee Rodenhäuser, Rike Schweizer & Volker Teichert (2016) eine Liste von Empfehlungen wie eine gemeinwesenorientierte Ökonomie vor: gute Arbeit, Förderung einer informellen Arbeit, Erprobung eines Grundeinkommens, Umsteuerung der Staatsfinanzierung, ein ganzheitliches Bildungssystem u.a., um die gegenwärtige Krise des Systems strukturell zu überwinden (S. 355ff.).

Schlussbemerkungen

1930 schrieb John Maynard Keynes einen Aufsatz mit dem Titel *Economic Possibilities for Our Grandchildren*. Darin prognostizierte er, dass wir in 100 Jahren achtmal unseres jetzigen (1930) Lebensstandards erreicht und alle ökonomische Probleme der Menschheit gelöst haben, vorausgesetzt, dass es keine großen Kriege und kein übermäßiges Wachstum der Weltbevölkerung gibt. Um den Lebensunterhalt abzusichern, würden dann drei Stunden Arbeit am Tag völlig ausreichen. Man wird eher Probleme haben, mutmaßte er, mit der vielen Freizeit umzugehen, weil man nicht ‚ausgebildet‘ ist, sich mit sich selbst zu beschäftigen. Man solle, schrieb Keynes zum Schluss, deshalb die ökonomischen Probleme nicht überbewerten (Keynes, 1963; s. a. Diefenbacher et al., 2016, S. 55f.).

Ulrike Herrmann (2016) wird mit dem neuen Titel ihres Buches *Kein Kapitalismus ist auch keine Lösung* nur dann recht haben, wenn sich der Kapitalismus auf seine Stärke besinnt von den neoliberalen Dogmen – Liberalisierung, Privatisierung, Deregulierung und Austeritätspolitik – befreit und die ökologische Grenze des Wachstums erkennt. Also nach *schöpferischer Zerstörung* (Schumpeter, 2005) neue Wege sucht, um zu überleben.

Literatur:

- Atkinson, A. B. (2016). *Ungleichheit. Was wir dagegen tun können*. Klett-Cotta: Stuttgart.
- Beckert, S. (2014). *King Cotton. Eine Geschichte des globalen Kapitalismus*. Beck: München.
- Bude, H. & Staab, P. (Hrsg.) (2016). *Kapitalismus und Ungleichheit*. Frankfurt/Main: Campus.
- Diefenbacher, H.; Foltin, O.; Held, B.; Rodenhäuser, D.; Schweizer, R. & Teichert, V. (2016). *Zwischen den Arbeitswelten*. Frankfurt/Main: Fischer.
- Hacker, J.S. & Pierson, P. (2010). *Winner-Take-All. How Washington made Rich Richer and Turned Its Back on the Middle Class*. New York: Simon and Schuster.
- Hagelüken, A. (2016). *Reiche und andere*. Süddeutsche Zeitung, von 01.–03.10.2016.
- Hartmann, E. (2016). *Wie viele Sklaven halten Sie?* Frankfurt/Main: Campus.
- Herrmann, U. (2015). *Der Sieg des Kapitals*. München: Piper.
- Herrmann, U. (2016). *Kein Kapitalismus ist auch keine Lösung*. Frankfurt/Main: Westend.
- Herz, D. (2016). *Ein grandioses Missverständnis*. Süddeutsche Zeitung von 29./30.08.1998.
- Hobsbawm, E. (1979). *Industrie und Empire I – Britische Wirtschaftsgeschichte seit 1750*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Hürther, M. (2016). *Marktwirtschaft ist eine geordnete Anarchie*. Süddeutsche Zeitung vom 29.09.2016.
- Jackson, T. (2011). *Prosperity without Growth. Economics for a Finite Planet*. London: Earthscan.

Keynes, J. M. (1963). *Economic Possibilities for our Grandchildren (1930)*. Zugriff am 16.11.2016 www.econ.yale.edu/smith/econ116a/keynes1.pdf.

Kocka, J. (2014). *Geschichte des Kapitalismus*. München: Beck.

Kocka, J. & Merkel, W. (2014). *Neue Balance gesucht. Gefährdet der Finanzkapitalismus die Demokratie?* Zugriff am 07.11.2016 <https://www.wzb.eu/de/news/im-ungleichgewicht-demokratie-und-kapitalismus>

Misik, R. (2016). *Kaputtalismus. Wird der Kapitalismus sterben und wenn ja, würde uns das glücklich machen?* Berlin: Aufbau.

Netzwerk Grundeinkommen Zugriff am 16.11.2016 <https://www.grundeinkommen.de/>

Oxfam Deutschland. *Ein Wirtschaftssystem für die Superreichen*. Zugriff am 16.11.2016 www.oxfam.de/system/files/2160118/wirtschaftssystem-superreichen.pdf.

Piketty, T. (2014²). *Das Kapital im 21. Jahrhundert*. München: Beck.

Piketty, T. (2016). *Ökonomische Ungleichheit*. München: Beck.

Randers, J. & Maxton, G. (2016). *Ein Prozent ist genug. Mit wenig Wachstum soziale Ungleichheit, Arbeitslosigkeit und Klimawandel bekämpfen*. München: oekom.

Rifkin, J. (2016). *Die Null-Grenzkosten-Gesellschaft. Das Internet der Dinge, kollaboratives Gemeingut und Rückzug des Kapitalismus*. Frankfurt/Main: Fischer.

Rodrik, D. (2011). *The Globalization Paradox. Why Global Markets, States and Democracy Can't Coexist*. Oxford: OUP.

Sassen, S. (2016). *Ausgrenzungen. Brutalität und Komplexität in der globalen Wirtschaft*. Frankfurt/Main: Fischer.

Stiglitz, J. (2015). *Reich und Arm. Die wachsende Ungleichheit in unserer Gesellschaft*. München: Siedler.

Süddeutsche Zeitung (SZ): *Serie: Ungleichheit in Deutschland*. Zugriff am 07.11.2016 http://www.sueddeutsche.de/thema/Ungleichheit_in_Deutschland

Weik, M. & Friedrich, M. (2016). *Kapitalfehler. Wie unser Wohlstand vernichtet wird und warum wir ein neues Wirtschaftsdenken brauchen*. Köln: Lübbe.

Welthunger-Index 2015, Bonn/Washington/Dublin 2015.

WWF Deutschland (2014). *Jahresbericht 2014, darin: Ökologischer Fußabdruck*. Zugriff am 07.11.2016 <http://klimaohnegrenzen.de/klimawissen/okologischer-fussabdruck>

Literaturliste zu Postwachstum

Dietz, R. & O'Neill, D. (2013). *Enough is enough*. New York: Earthscan.

Felber, C. (2012). *Gemeinwohloökonomie*. Wien: Deuticke.

Paech, N. (2012). *Befreiung vom Überfluss*. München: oekom.

Sandel, M. J. (2010). *Justice. What's the Right Thing to do?* New York: Farrar, Straus and Giroux.

Schmelzer, M. & Passadakis, A. (2011). *Postwachstum*. Hamburg: attac/VAS.

Sedlaček, T. (2012). *Die Ökonomie von Gut und Böse*. Bonn: bpb.

Skidelsky, R. & Skidelsky, E. (2013). *How much is enough?* New York: Other Press.

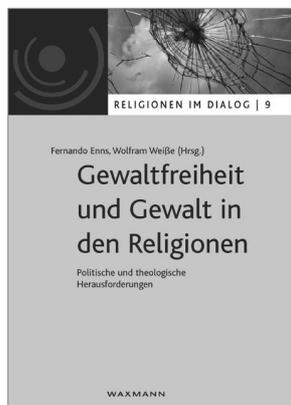
Williamson, R. & Pickett, K. (2010). *The Spirit Level. Why Equality is Better for Everyone*. London: Penguin.

Zovanyi, G. (2013). *The No-Growth-Imperative*. New York: Earthscan.

Dr. Asit Datta,

ist Prof. em. und Mitgründer von Interpäd an der Uni Hannover. Veröffentlichungen u.a.: *Transkulturalität und Identität* (Hrsg.), IKO, Frankfurt/M 2005; *Zukunft der transkulturellen Bildung – Zukunft der Migration* (Hrsg.), IKO, Ffm 2010; *Welthandel und Welthunger*, dtv, München 1994; *Armutzeugnis*, München 2013.

UNSERE BUCHEMPFEHLUNG



Fernando Enns, Wolfram Weiße (Hrsg.)

Gewaltfreiheit und Gewalt in den Religionen

Politische und theologische Herausforderungen

Die Themen Aggression, Mord und Krieg durchziehen unsere Geschichte – nach der Hebräischen Bibel schon seit dem Brudermord von Kain an Abel. Religionen haben dabei oft eine Rolle gespielt, indem sie Gewalt überhöht haben oder indem sie als Legitimation für Gewaltanwendung angeführt wurden. Religionen haben aber immer auch für eine Eindämmung von Gewalt und für Frieden gestanden. Dies gilt für die Propheten im Judentum ebenso wie für Buddha, Jesus oder Mohammed. Vor diesem Hintergrund und in Auseinandersetzung mit aktuellen politischen Entwicklungen präsentieren in diesem Band Vertreter der Religionen, politische Akteure, Religions- und Politikwissenschaftler sowie Theologen ihre Sicht auf die Themen Gewalt, Gewaltfreiheit und Religion.

Religionen im Dialog, Band 9,
2016, 332 Seiten, br., 34,90 €,
ISBN 978-3-8309-3382-3
E-Book: 30,99 €,
ISBN 978-3-8309-8382-8



www.waxmann.com